

DRINGLICHE ANFRAGE von Johannes Zollinger (EVP, Wädenswil) Katharina Kull-Benz (FDP, Zollikon) und Martin Kull (SP, Wald)

betreffend Umsetzung neues Volksschulgesetz – Einführung geleiteter Schulen

Am 24. Juni dieses Jahres erhielten die Schulpräsidentinnen und Schulpräsidenten erfreuliche Post von der Bildungsdirektion:

„Mit grosser Freude haben wir am 5. Juni den Entscheid der Zürcher Stimmbevölkerung zur Kenntnis genommen. Die deutliche Zustimmung zum neuen Gesetz gibt uns die Sicherheit, dass wir auf dem richtigen Weg sind: Die Basis für die Weiterentwicklung der Volksschule ist nun gegeben. Gleichzeitig sind wir uns bewusst, dass die Umsetzung nun unverzüglich und effizient an die Hand zu nehmen ist.“

Die Einführung geleiteter Schulen gehörte schon bei der ersten Abstimmung über das neue Volksschulgesetz zu den unbestrittenen Elementen. Viele Gemeinden haben sich deshalb trotz dem Nein im Jahre 2002 „auf den richtigen Weg begeben“ und unverzüglich mit den Vorbereitungsarbeiten für die Einführung von geleiteten Schulen begonnen. Dabei wurden erhebliche eigene Vorinvestitionen für die Schulentwicklung geleistet. Grössere Gemeinden taten dies für die ganze Gemeinde, auch wenn am TaV-Versuch nur einzelne Schuleinheiten teilnahmen. Sie sind darauf vorbereitet, ab Schuljahr 2006/2007 ihre Schulen nach dem neuen Volksschulgesetz zu führen. Die 2006 neu zu wählenden Schulbehörden werden verkleinert. Die Aufgaben und Kompetenzen zwischen Behörde und Schulleitung sind neu geregelt.

Leider ist nun aber zu befürchten, dass die unverzügliche und effiziente Umsetzung durch eine mögliche etappenweise Einführung von geleiteten Schulen in Frage gestellt wird. Die zögerliche Umsetzung darf nicht auf Gemeinden ausgedehnt werden, die sich sorgfältig und mit grossem eigenem Engagement für eine rasche flächendeckende Einführung geleiteter Schulen entschieden haben. Weitere Jahre mit zwei unterschiedlichen Führungsformen in einer Schulgemeinde sind unsinnig, führen zu schwerfälligen Strukturen und unklaren Aufgabenzuteilungen. Für Behörden, Lehrkräfte und Eltern würden schwer verständliche Unsicherheiten entstehen. Nach dem klaren Ja zum neuen Volksschulgesetz und dem Willen zur „unverzüglichen und effizienten Umsetzung“ darf der Prozess nun keinesfalls weiterverzögert werden. Gemeinde- und Schulbehörden werden im Frühjahr neu gewählt. Die dazu notwendigen Planungen und personellen Entscheide müssen rasch gefällt werden.

Wir fragen deshalb den Regierungsrat an:

1. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass die Einführung geleiteter Schulen in den erwähnten Gemeinden keine weitere Verzögerung erfahren soll?
2. Können Gemeinden, die sich für die Einführung geleiteter Schulen vorbereitet haben und das neue Volksschulgesetz unverzüglich umsetzen wollen, ab Schuljahr 2006/2007 mit der notwendigen staatlichen Unterstützung rechnen?

Johannes Zollinger
Katharina Kull-Benz
Martin Kull

P. Anderegg	U. Annen	E. Arnet	H. Attenhofer
C. Balocco	S. Bernasconi	R. Bernoulli	M. Brandenberger
U. Braunschweig	L. Briner	R. Büchi	H. Buchs
A. Burger	A. Bürgi	M. Burlet	B. Bussmann
R. Cavegn	Y. de Mestral	O. Denzler	B. Egg
H. Fahrni	S. Feldmann	G. Fischer	W. Furter
J. Gerber Rüegg	R. Götsch Neukom	U. Grob	J. Gübeli
G. Guex	Th. Hardegger	H. Hartmann	R. Hatt
Th. Heiniger	P. Holenstein Weidmann	K. Jaggi	H. Jauch
B. Johner	U. Keller	A. Kennel Schnider	D. Kläy
C. Krebs	R. Lais	E. Lalli	R. Leuzinger
K. Maeder	R. Marty	M. Mossdorf	L. Müller
H-P. Portmann	P. Reinhard	A.M. Riedi	S. Rusca Speck
E. Scheffeldt Kern	P. Schmid	Hp. Schneebeili	P. Schulthess
R. Sauter	P. Seiler Graf	J. Serra	A. Simioni
M. Spring	A. Sprecher	E. Stocker	R. Thalmann
E. Torp	J. Tremp	M. Trüb Klingler	Th. Vogel
C. Walker Späh	R. Walther	B. Walti	K. Weibel
Th. Weibel	A. Widmer Graf	G. Winkler	S. Ziegler
Th. Ziegler			